

Mandanteninformationen gemäß Art. 13 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) sowie zur Durchführung der Datenverarbeitung

Im Rahmen der Mandatierung ist es erforderlich, persönliche Daten des Mandanten zu erheben und zu verarbeiten. Dies erfolgt bei der Mandatierung sowohl elektronisch im Rahmen der benutzten Kanzleisoftware als auch durch die Anlage von Handakten und den zu deren Verwaltung erforderlichen Verzeichnissen. Die Verarbeitung dieser Daten ist erforderlich, um eine sachgerechte Korrespondenz zu gewährleisten und die Geltendmachung Ihrer Rechte zu sichern.

Im Einzelnen gilt für die durch Rechtsanwältin Czasch erhobenen personenbezogenen Daten für Sie als Mandanten Folgendes:

1. Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen

Personenbezogene Daten werden im Rahmen der Mandatierung von Rechtsanwältin Czasch erhoben durch:

Anwaltskanzlei Czasch
Rechtsanwältin Esther Maria Czasch
Augustaanlage 22, 68165 Mannheim
Tel.: 0621 – 432 91 232
E-Mail: kontakt@anwaltskanzlei-czasch.de

Diese ist auch verantwortlich für den Umgang mit diesen Daten.

2. Zweck und Rechtsgrundlage für die Verarbeitung

Bei der Mandatierung werden folgende Daten des Mandanten erhoben:

- Titel, Anrede, Vorname, Nachname,
- Anschrift,
- Telefonnummer (Festnetz und/oder Mobilfunk),
- E-Mail-Adresse,
- Informationen, die für die Geltendmachung und Verteidigung der Rechte des Mandanten erforderlich sind.

Die Erhebung dieser Daten erfolgt,

- zur Erbringung von Rechtsdienstleistungen im Sinne des RVG, um Sie angemessen anwaltlich beraten und vertreten zu können; zur Korrespondenz mit Ihnen und zur Abwicklung des Mandatsverhältnisses.
- zur Abwicklung des Zahlungsverkehrs, insbesondere Auskehrung von Fremdgeld gegenüber Ihnen.
- zur rechtsanwaltlichen Berufsausübung im Sinne des Art. 12 Grundgesetz in der Funktion als unabhängiges Organ der Rechtspflege.
- zur Interessenkonfliktprüfung.
- zur Schaffung von Vollstreckungstitel gegenüber Dritten im gerichtlichen Mahn- oder Erkenntnisverfahren.
- zur Erfüllung eigener gesetzlicher und vertraglicher Informations-, Mitteilungs-, Auskunft-, Aufbewahrungs- und sonstiger Pflichten.
- zur Mahnung und Zahlungsaufforderung.
- zur Abwehr von Haftungsansprüchen.

- zur Durchsetzung von eigenen Vertragserfüllungsansprüchen.
- zur außergerichtlichen und gerichtlichen Forderungsbeitreibung für den Fall der Nichtzahlung durch Sie als Mandant (auch gegenüber Dritten).

Die Datenverarbeitung erfolgt auf die Mandatsanfrage hin. Rechtsgrundlage ist entweder Ihre Einwilligung und/oder die Erforderlichkeit der Datenerhebung zur Erfüllung des Mandatsverhältnisses gemäß Art. 6 Abs.1 S.1 lit. a und/oder b DSGVO.

Die für die Mandatierung erhobenen personenbezogenen Daten werden bis zum Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungspflicht für Anwälte gespeichert und danach gelöscht, es sei denn, dass nach Artikel 6 Abs.1 S.1 lit.c DSGVO aufgrund von steuer- und handelsrechtlichen Aufbewahrungspflichten eine längere Frist gilt.

3. Weitergabe von Daten an Dritte

Es werden keinerlei Daten weitergegeben, die der anwaltlichen Verschwiegenheitsverpflichtung unterliegen.

Die persönlichen Daten werden nur weitergegeben, soweit dies nach Art.6 Abs.1 S.1 lit.b DSGVO für die Abwicklung von Mandatsverhältnissen mit dem Auftraggeber erforderlich ist. Hierzu gehört insbesondere die Weitergabe an Verfahrensgegner und deren Vertreter sowie Gerichte und Behörden zum Zwecke der Korrespondenz sowie zur Geltendmachung und Verteidigung der Rechte des Mandanten.

4. Betroffenenrechte und Informationspflicht nach Art 13 Abs. 2 lit.d DSGVO

Sie haben das Recht,

- gemäß Art. 7 Abs.3 DSGVO Ihre gegebenenfalls erteilte Einwilligung jederzeit gegenüber Rechtsanwältin Czasch zu widerrufen. Dies hat zur Folge, dass die Datenverarbeitung, die auf dieser Einwilligung beruhte, für die Zukunft nicht mehr fortgeführt werden darf.
- nach Maßgabe von Art. 15 DSGVO, Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten einschließlich eventueller Empfänger und der geplanten Speicherdauer zu erhalten. Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen gemäß Art. 16 DSGVO ein Recht auf Berichtigung zu. Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 DSGVO).
- auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde. Unbeschadet eines anderweitigen Rechtsbehelfs steht Ihnen das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde zu, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt. Die für den Kanzleisitz zuständige Aufsichtsbehörde ist:

Der Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Baden-Württemberg (LfDI BW)

Dr. Stefan Brink

Hausanschrift: Königstrasse 10 a, D- 70173 Stuttgart

Tel.: +49 711/61 55 41-0

E-Mail: poststelle@ldi.bwl.de

Stand: Mai 2018